Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

19. Januar 2015

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-2488

Telefax 0211 871-162488

für die Mitglieder
des Innenausschusses

**„Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asyl-
bewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen“ - Antrag der
Fraktion der PIRATEN vom 01.12.2014**

TOP 6 der Sitzung am 22.01.2015

Anlagen: -60-

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

als Anlage übersende ich Ihnen den Bericht des Ministeriums für Inne-
res und Kommunales zum o.a. Tagesordnungspunkt der Sitzung des
Innenausschusses am 22.01.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01

Telefax 0211 871-3355

poststelle@mik.nrw.de

www.mik.nrw.de

Schriftlicher Bericht
des Ministers für Inneres und Kommunales Ralf Jäger
zu TOP 6 des Innenausschusses am 22. Januar 2015
"Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber
und aktuelle Situation in den Einrichtungen" - Antrag der Fraktion der PIRATEN

Im Anschluss an die Vorlagen 16/1101, 16/1222, 16/1303, 16/1536, 16/1610, 16/1768, 16/2194, 16/2290, 16/2428 und 16/2521 berichte ich zur Situation in den nordrhein-westfälischen Landesaufnahmeeinrichtungen und zu den weiteren Planungen bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen wie folgt:

Entwicklung der Zugänge:

Laut Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Entwicklung der Asylbewerberzugänge wurden in der Bundesrepublik im Dezember 2014 17.059 und im Gesamtjahr 2014 173.072 Asylerstanträge registriert. In NRW haben im Dezember 2014 3.994 Personen einen Asylerstantrag gestellt, 99 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Im Gesamtjahr 2014 kamen 40.046 Asylerantragsteller nach NRW, 69 Prozent mehr als 2013 mit 23.719. Der Prognose des BAMF vom 19.09.2014 zufolge ist für das Gesamtjahr 2015 in NRW mit rund 43.000 Asylerantragstellern zu rechnen. Eine neuere Prognose des BAMF liegt bislang nicht vor.

Unterbringungs Kapazität und Belegung:

Dem Land stehen zur Unterbringung der Asylsuchenden am 15.01.2015 6.515 Regelunterbringungsplätze zur Verfügung, die mit 6.392 Menschen belegt sind. Die genaue Aufschlüsselung ergibt sich aus der Tabelle:

Übersicht Kapazität und Belegung	Regelkapazität		Belegung	
	Do, 15.01.15	Do, 15.01.15	Fr, 05.12.14	Fr, 05.12.14
Dortmund	300	293	300	307
Bielefeld	250	256	250	202
Neuss	500	476	400	311
Schöppingen	400	505	500	508
Hemer	500	324	500	357
Wickede	500	437	500	211
Burbach	400	517	400	392
Bad Berleburg	300	248	360	276
Kerken	350	391	230	106
Oerlinghausen	440	371	400	283
Borgentreich	500	422	350	130
Rüthen	350	439	420	147
Unna-Massen	600	765	600	631
Essen, Opti-Park	450	387	500	415
Düsseldorf Flughafen	25	0	25	0
Bad Salzuflen	350	278	260	236
Bad Driburg	300	283	300	251
Gesamt	6515	6392	6295	4763

Gegenüber dem Stand 05.12.2014, der dem Bericht für den Innenausschuss am 11.12.2014 (Vorlage 16/2521) zugrunde liegt, wurde die Regelkapazität um 220 Plätze erhöht.

Belegungen über die Regelkapazitäten hinaus lagen aufgrund der über die Feiertage ausgesetzten Zuweisungen (siehe dazu „Belegungssituation über die Feiertage“) am 12.01.2015 wieder in sechs Einrichtungen vor. Die nominellen Kapazitäten stellen die Regelbelegung dar, die allerdings in Notsituationen innerhalb eines noch vertretbaren Rahmens und der technisch möglichen Kapazitäten überschritten werden kann. Hierbei handelt es sich um das mildere Mittel gegenüber „Extremmaßnahmen“ wie z.B. Zelten, weil die Menschen innerhalb der dafür vorgesehenen Gebäude untergebracht werden. Des Weiteren kann bei Unterbringung auf dem Gelände einer bestehenden Einrichtung die dort vorhandene Infrastruktur zur Versorgung, Betreuung und Beratung der Asylbewerber genutzt werden.

Darüber hinaus sind am 15.01.2015 zusätzlich 1.237 Menschen in Notunterkünften untergebracht, bei einer zur Verfügung stehenden Kapazität in den Notunterkünften von 1.385 Plätzen. Die genaue Aufschlüsselung ergibt sich aus der Tabelle:

Notunterkünfte	Kapazität	Belegung	Kapazität	Belegung
	Do, 15.01.15	Do, 15.01.15	Fr, 5.12.14	Fr, 5.12.14
Bochum	140	104	140	50
Herford	0	0	146	0
PASt Kamen	115	164	115	89
Straelen-Herongen	130	130	130	0
Detmold	355	348	390	280
Solingen	150	69	150	37
Monschau	120	103	120	28
Bonn-Bad Godesberg	75	62	0	0
Willich	200	179	0	0
Duisburg	100	78	0	0
Notunterkünfte Gesamt	1385	1237	1191	484

Gegenüber dem Stand 05.12.2014 wurde die Notunterkunft in Herford geschlossen, neue wurden in Bonn-Bad Godesberg, Duisburg und Willich eröffnet. Die Einrichtungen in Duisburg und Willich sollen zu einem späteren Zeitpunkt in den Regelbetrieb überführt werden.

Zusammenfassend stehen am 15.01.2015 7.900 Plätze zur Verfügung (gegenüber 7.486 am 05.12.2014), welche mit 7.629 Asylbewerbern (ggü. 5.247) belegt sind.

Die beim Flüchtlingsgipfel am 20.10.2014 beschlossenen zusätzlichen 1.800 Plätze bis zum Jahresende 2014 in Regelunterkünften wurden nahezu erreicht: Zum Jahresende standen 6.425 Plätze in Regelunterkünften zur Verfügung und damit 1.650 mehr als am 20.10.2014 (4.775 Plätze). Die vollen 1.800 zusätzlichen Plätze wurden nicht erreicht, weil im gleichen Zeitraum durch notwendige Kapazitätsreduzierungen in Burbach (von 600 auf 400 aufgrund von Renovierungsarbeiten) und in

Bad Berleburg (von 450 auf 360 aus Brandschutzgründen) 290 Regelplätze entfallen sind. In beiden Einrichtungen soll die Kapazität nach Abschluss der Arbeiten voraussichtlich ab Mai 2015 bei jeweils 500 Plätzen liegen. Des Weiteren konnten die bis Jahresende zusätzlich geschaffenen Plätze nicht ausschließlich mit den beabsichtigten fünf Einrichtungen in Bad Driburg, Borgentreich, Duisburg, Oerlinghausen und Willich erreicht werden. Die Einrichtungen in Duisburg und Willich sind zwar seit Dezember 2014 in Betrieb, werden aber derzeit noch nicht als Regelunterkünfte geführt. Die genaue Aufschlüsselung der im Zeitraum 20.10.2014 bis 31.12.2014 geschaffenen Regelkapazitäten ergibt sich aus der Tabelle:

Kapazitätsentwicklung Regelbelegung	20.10.2014	31.12.2014	Veränderung	Bemerkungen
Dortmund	350	300	-50	50 Reserve
Bielefeld	250	250	0	
Neuss	400	400	0	
Schöppingen	500	500	0	
Hemer	500	500	0	
Wickede	350	500	150	gepl. Ausbau
Burbach	600	400	-200	Bauarbeiten
Bad Berleburg	450	360	-90	Bauarbeiten
Kerken	230	300	70	gepl. Ausbau
Oerlinghausen	100	420	320	gepl. Ausbau
Borgentreich	0	420	420	Neueinrichtung
Rüthen (als ZUE)	0	350	350	vorher Notunt.
Unna-Massen	600	600	0	
Essen	300	450	150	gepl. Ausbau
Düsseldorf Flughafen	25	25	0	
Bad Salzuflen	120	350	230	gepl. Ausbau
Bad Driburg	0	300	300	Neueinrichtung
Gesamt	4775	6425	1650	

Bis zum 15.01.2015 wurde die Regelkapazität gegenüber dem Stand zum Flüchtlingsgipfel am 20.10.2014 um 1.740 Plätze erhöht.

Perspektivisch werden 10.000 reguläre dauerhafte Plätze in der Landesunterbringung geschaffen, um der erwarteten anhaltenden Steigerung der Zugangszahlen Rechnung zu tragen. Weiterhin wird angestrebt, mit dieser Kapazität zukünftig wieder eine am Asylverfahrensgesetz orientierte Verweildauer in den Einrichtungen gewährleisten zu können. Dabei soll eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Standorte im Rheinland und in Westfalen erreicht werden.

In den Planungen enthalten sind neben der Erweiterung der EAE Bielefeld weitere Einrichtungen in Essen (auf dem ehemaligen „Kutel“-Gelände) und auf dem Gelände des ehemaligen JHQ in Mönchengladbach-Rheindahlen. Potentielle weitere Standorte werden laufend durch die Bezirksregierungen Arnsberg, Düsseldorf und Köln auf ihre Geeignetheit geprüft, darunter Standorte in Düsseldorf (Bergische Kaserne), Wegberg, Olpe und Rees. In den Einrichtungen in Bad Berleburg und Burbach wird der Kreis Siegen-Wittgenstein ab Mai 2015 Erstaufnahmeeinrichtungen betreiben;

das BAMF wurde vom MIK im Dezember 2014 gebeten, Außenstellen einzurichten. Dort entstehen Einrichtungen „neuen Typs“.

Belegungssituation über die Feiertage:

Vom 24.12.2014 bis zum 04.01.2015 erfolgten keine Abgänge aus den Landeseinrichtungen, da in dieser Zeit nicht in die Kommunen zugewiesen wurde. Um für die erwarteten Zugänge dennoch die benötigten Kapazitäten bereithalten zu können, war vor den Feiertagen die Schaffung einer Kapazitätsreserve erforderlich. Diese wurde erreicht durch konstant hohe Zuweisungen vor Weihnachten in die Kommunen und gleichzeitigen weiteren Ausbau der Kapazitäten. Am Dienstag, den 23.12.2014 standen rund 2.300 freie Unterbringungsplätze in den Einrichtungen zur Verfügung; am Montag, den 05.01.2015 waren die dann vorhandenen 7.762 Plätze (6.425 Regelplätze und 1.337 in Notunterkünften) mit 7.690 Menschen belegt. In einzelnen Einrichtungen mussten Belegungen über die nominellen Kapazitäten hinaus in Kauf genommen werden, auch weil Krankheiten bei den in Burbach und in Neuss untergebrachten Asylsuchenden auftraten:

Varizellenfall Burbach

Im Dezember 2014 trat ein erster Windpockenfall auf. Die Person wurde am 22.12.2014 aus der Einrichtung nach Kamen verbracht, damit in Burbach wieder Aufnahmen erfolgen konnten. Am 23.12.2014 wurde eine neue Personengruppe in Burbach aus Dortmund aufgenommen. Hierbei befanden sich zwei Personen, bei denen am 24.12.2014 Windpocken diagnostiziert wurden. Durch das Kreisgesundheitsamt als zuständige Gesundheitsbehörde wurde entschieden, für 4 Wochen keine Personen mehr aufzunehmen, wenn ein Immunschutz (Antikörper) nicht nachgewiesen wird. Ebenfalls erfolgt kein Transfer aus der Einrichtung ohne Untersuchung und ggf. Impfung gem. § 62 Asylverfahrensgesetz.

Varizellenfall Neuss

Seit dem 04.01.2015 steht ein Fall von Windpocken fest. Nach Auskunft des Gesundheitsamtes dürfen für mindestens 28 Tage keine Personen aufgenommen oder in andere Einrichtungen, Kommunen oder Bundesländer gehen. Hier konnte wie in Burbach auch Einvernehmen darüber erzielt werden, dass im Falle von nachgewiesenem Immunschutz Personen in die Einrichtung hinein und aus der Einrichtung heraus transferiert werden können.

Abbau der Überhänge beim Registrieren und Röntgen:

Durch die große Zahl an Flüchtlingen, die in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten angekommen sind, waren die Erstaufnahmeeinrichtungen teilweise nicht mehr in der Lage, alle ankommenden Flüchtlinge zeitnah zu registrieren und zu röntgen. Die Rückstände waren bis zum Zeitpunkt der letzten Innenausschusssitzung am 11.12.2014 abgebaut.

Am 05.01.2015 befanden sich wieder 2.472 ungeröntgte und 2.173 unregistrierte Personen in den Unterbringungseinrichtungen. Die relativ hohe Anzahl liegt im Wesentlichen darin begründet, dass zwischen dem 23.12.2014 und dem 04.01.2015

sehr geringe Röntgenkapazitäten zur Verfügung standen (viele Röntgeneinrichtungen hatten keinen oder einen nur sehr begrenzten Betrieb).

Der Abbau der Rückstände dauert zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes noch an. Am 12.01.2015 befanden sich noch 1.659 ungeröntgte Personen in den Landeseinrichtungen, die Zahl der unregistrierten Personen wuchs noch bis auf 2.540 an.

Bei den derzeit vorhandenen Röntgenkapazitäten ist mit der kompletten Abarbeitung in der 4. KW zu rechnen. Auch die nachträgliche Registrierung soll in den nächsten Tagen abgeschlossen sein.

Für den künftigen Durchlauf im üblichen Verfahren stehen zurzeit ausreichend Röntgenkapazitäten zur Verfügung. Unbedingtes Ziel muss es sein, dass jeder Flüchtling, der von der EAE in die ZUE kommt, geröntgt und auch registriert ist.

Zurzeit wird an einem Röntgenkonzept gearbeitet, um künftig auf dieser Grundlage den Normalbetrieb abzusichern. In diesem Zusammenhang wird eventuellen künftigen Schwankungen besondere Bedeutung beigemessen, um auch auf Zugangsspitzen reagieren und erforderlichenfalls entsprechend Kapazitäten hochfahren zu können. Das Konzept wird voraussichtlich im Februar vorliegen.

Qualitätsstandards in den Landeseinrichtungen und Kontrolle der Einhaltung:

Die im Bericht vom 17. November auszugsweise dargestellten Qualitätsstandards, die als verbindliche Standards den Leistungsbeschreibungen für alle Unterbringungseinrichtungen im Regelbetrieb in NRW zugrunde gelegt werden, sind, wie im Bericht vom 11. Dezember erwähnt, auf der Homepage des MIK veröffentlicht und einsehbar.

Kontrollinstanzen

In erster Linie sind die in allen Landeseinrichtungen vertretenen regulären Außenstellenmitarbeiter/innen des Dezernats 21 der Bezirksregierung Arnsberg aufgrund ihrer täglichen Vorort-Präsenz für die Überwachung der Einhaltung der Standards für die Arbeit der Betreuungs- und der Sicherheitsunternehmen zuständig. Diese Überwachungsaufgaben werden bereits seit den Ereignissen von Burbach als sogenannte Task Force-Aufgaben wahrgenommen und werden aktuell nochmals präzisiert und einheitlich für alle Einrichtungen beschrieben. Die Begrifflichkeit Task Force entfällt zukünftig, weil die Wahrnehmung dieser Aufgaben in den Tagesbetrieb der Außenstellenmitarbeiter/innen übernommen werden soll. Im Rahmen dieser Aufgabewahrnehmung liegt bei diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dann auch die vorrangige Zuständigkeit für das Einfordern und die Überwachung der Mängelbeseitigung. Im Zweifel wird durch telefonische Kontaktaufnahme zwischen Außenstelle und dem Teildezernat Unterbringung abgestimmt, wer die Federführung übernimmt.

Die Aufgabe der mobilen Kontrollgruppen wird als zusätzliche Maßnahme zur Erreichung und Sicherung der vorgegebenen Qualitätsstandards gesehen. In diesem Sinne ergänzen bzw. vertiefen die mobilen Kontrollgruppen die regelmäßig vor Ort durchgeführten Kontrollen und unterstützen insoweit die Außenstellenmitarbeiter des

Dezernats 21 der Bezirksregierung Arnsberg. Die vorgenannten Kontrolltätigkeiten ersetzen die Überwachungsaufgaben anderer Fachbehörden (z.B. zuständige Bau-, Gesundheits-, Feuerschutzbehörden) nicht. Das in den mobilen Kontrollteams eingesetzte Personal und das Außenstellenpersonal der Bezirksregierung Arnsberg besitzt nicht die Fachkenntnisse speziell geschulter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fachdienststellen.

Tätigkeit der mobilen Kontrollgruppen

Seit Anfang November 2014 wird die Qualität der Betreuung und der Unterbringung in den Landeseinrichtungen von zwei mobilen Kontrollgruppen überprüft. Die Teams bestehen aus zwei Mitarbeitern in Vollzeitbeschäftigung und führen aktuell in jeder Einrichtung ca. alle drei bis vier Wochen unangemeldete Kontrollbesuche durch. Die Kontrollen finden i.d.R. während der allgemeinen Dienstzeiten, stichprobenartig bzw. anlassbezogen aber auch nachts und/oder am Wochenende/Feiertag statt.

Grundlage für die Kontrollen ist derzeit eine – nach den Erfahrungen im Rahmen der Erstbesichtigungen zwischenzeitlich überarbeitete – Checkliste, die als Anlage („20141202 checkliste qualität“) beigefügt ist. Die Statuserhebung über die Einhaltung der Standards erfolgt auf dieser Grundlage durch jeweils persönliche Inaugenscheinnahme des öffentlich zugänglichen Bereichs der betreffenden Liegenschaft, durch Sichtung vorliegender Dokumentationen sowie durch Erörterung der wesentlichen aktuellen Problemstellungen mit den Außenstellenmitarbeitern des Dezernats 21 und mit einem Verantwortlichen des zuständigen Betreuungsverbandes (Qualitätssicherungsgespräche).

Die danach getroffenen Feststellungen werden zum Abschluss der Kontrollbesuche mit allen Beteiligten erörtert, wobei der Betreuungsverband zu einer schnellstmöglichen Abstellung der festgestellten Mängel bzw. zur Nachbesserung aufgefordert wird. Daneben werden die Ergebnisse in einem Vermerk zusammengefasst, der anschließend an das zuständige Teildezernat Unterbringung zur ggf. weiteren Veranlassung weitergeleitet wird. In dringenden Fällen erfolgt auch eine sofortige Kontaktaufnahme.

Bis Ende des Jahres 2014 haben in allen Landeseinrichtungen mindestens zweimal Kontrollbesuche der mobilen Kontrollgruppen Qualität stattgefunden. Im Einzelnen:

Unterbringungseinrichtung	Kontrolle Qualität am ...
Bad Salzuflen	10.11.2014
Oerlinghausen	10.11.2014
Wickede	11.11.2014
Herford	17.11.2014

Neuss	17.11.2014
Solingen	17.11.2014
Kamen	19.11.2014
Kerken-Stenden	19.11.2014
Straelen	19.11.2014
Bochum	20.11.2014
Borgentreich	20.11.2014
Essen	20.11.2014
Detmold	21.11.2014
Bad Berleburg	24.11.2014
Bad Driburg	24.11.2014
Burbach	25.11.2014
Unna	25.11.2014
Monschau	26.11.2014
Schöppingen	26.11.2014
Hemer	27.11.2014
Rüthen	28.11.2014
Neuss	04.12.2014
Solingen	04.12.2014
Detmold	05.12.2014
Kamen	08.12.2014
Kerken-Stenden	08.12.2014
Unna	08.12.2014
Bad Berleburg	09.12.2014
Bad Salzuflen	09.12.2014
Oerlinghausen	09.12.2014
Bochum	10.12.2014
Essen	10.12.2014

Rüthen	10.12.2014 (Nacht)
Schöppingen	10.12.2014
Bad Salzuflen	14.12.2014 (Wochenende)
Monschau	15.12.2014
Burbach	16.12.2014
Rüthen	16.12.2014
Hemer	15.12.2014
Borgentreich	17.12.2014
Bad Salzuflen	17.12.2014 (Nacht)
Detmold	17.12.2014 (Nacht)
Straelen	17.12.2014
Bad Driburg	19.12.2014
Wickede	09.01.2015

Eine Einzelauswertung der festgestellten Mängel je Einrichtung ist derzeit noch nicht lieferbar, wird aber für die Zukunft sichergestellt. Exemplarisch seien aber folgende wesentliche Mängel genannt:

- Nichteinhaltung der gemäß Leistungsbeschreibung vorgegebenen Personalschlüssel (oftmals verbunden mit nachvollziehbaren Problemen der Personalrekrutierung aufgrund der Stellenmarktsituation)
- (Anlauf-)Schwierigkeiten in der Ablauforganisation (intern und extern)
- Nachbesserungsbedarf bei den baulichen Anlagen bzw. Sanierungsstau
- (noch) fehlende bzw. unzureichende oder defekte Ausstattung der Gebäude (teilweise auch verursacht durch Bewohner)
- mangelnde Beachtung von Brandschutzbestimmungen (fehlende/defekte Rauchmelder oder Feuerlöscher, Versperren oder fehlende Beschilderung von Fluchtwegen) und Verkehrssicherungspflichten (keine Schneeräumung)
- fehlendes Angebot oder unzureichende Öffnungszeiten bei vorzuhaltenden Einrichtungen (Gemeinschaftsräume, Kinderspielstube, Kiosk etc.)
- kein/e oder unzureichendes Angebot von Sprachkursen oder Gelegenheit zur religiösen Betätigung
- Probleme bei der Sicherstellung einer ausreichenden Hygiene/Sauberkeit in den Einrichtungen.

Sicherheitsstandards in den Landeseinrichtungen und Kontrolle der Einhaltung:

Wie bereits im letzten Bericht erwähnt, sind auch die mit den Betreuungsverbänden einvernehmlich vereinbarten Standards für den Einsatz von Sicherheitskräften in den Aufnahmeeinrichtungen auf der Homepage des MIK veröffentlicht und einsehbar.

Erläuterungen zu Begrifflichkeiten und Rechtsgrundlagen finden sich in der Anlage „Kontrollen der Sicherheitsunternehmen“.

Umsetzung der Sicherheitsstandards/Kontrollen der Sicherheitsunternehmen

Seit Mitte Nov. 2014 werden die in den Landeseinrichtungen eingesetzten Sicherheitsdienste von zunächst einer, seit dem 08.12.2014 von drei mobilen Kontrollgruppen überprüft. Aktuell werden für die durchzuführenden Kontrollen insgesamt 7 pensionierte Polizeivollzugsbeamte (alle mit befristeten Teilzeitverträgen) herangezogen. Mit der vorhandenen Personalstärke können in jeder Einrichtung ca. alle drei bis vier Wochen unangemeldete Kontrollbesuche stattfinden, die derzeit i.d.R. während der allgemeinen Dienstzeiten stattfinden. Zukünftig ist beabsichtigt, stichprobenartig bzw. anlassbezogen auch nachts und/oder am Wochenende/Feiertag tätig zu werden

Grundlage für die Kontrollen sind auch hier eine – ebenso zwischenzeitlich überarbeitete - Checkliste (vgl. Anlage „20141219 Checkliste Sicherheitsdienst“) und Vorgespräche mit den Außenstellenmitarbeitern des Dez. 21 und des Betreuungsverbands, in denen ggf. vorhandene aktuelle Problemstellungen oder besondere Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung des Sicherheitsdienstes erörtert werden.

Den Schwerpunkt der Kontrollen bildet danach die Überprüfung der vorliegenden Dokumentationen (Wachbuch, Schicht- oder Einsatzplan, Dienstanweisungen) hinsichtlich der Einhaltung der Vorgaben für das eingesetzte Sicherheitspersonal nach dem 8-Punkte-Katalog auf Grundlage der von der Bezirksregierung Arnsberg geführten sog. Wachdienstliste. Anschließend erfolgt eine vertiefende Erörterung der gewonnenen Erkenntnisse oder sonstiger sicherheitsrelevanter Fragestellungen bilateral mit dem verantwortlichen Schicht-/ Objektleiter des Sicherheitsdienstes und ggf. eine persönliche Inaugenscheinnahme der sicherheitsrelevanten Punkte der Liegenschaft (Pforte, Kantine, Kontrollwege etc.); auch mit dem Ziel, Hinweise für möglichen zusätzlichen Verbesserungsbedarf zu gewinnen.

Im Rahmen eines Abschlussgespräches mit allen Beteiligten (Außenstellenmitarbeiter, Betreuungsverband, Sicherheitsdienst) werden die festgestellten Mängel nochmals dargelegt und eine schnellstmögliche Abstellung bzw. Nachbesserung angemahnt. Ergänzend werden die Ergebnisse in einem Vermerk zusammengefasst, der anschließend an das zuständige Teildezernat Unterbringung zur weiteren Veranlassung (hier insbesondere hinsichtlich einer ggf. erforderlichen weitergehenden Prüfung zu einzelnen Wachdienstmitarbeitern) weitergeleitet wird. In dringenden Fällen erfolgt auch hier eine sofortige Kontaktaufnahme.

Stichprobenartig/anlassbezogen (ohne begleitende Gespräche) ist vorgesehen, demnächst ggf. auch eine persönliche Überprüfung einzelner Wachdienstmitarbeiter oder eine generelle Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung (innerhalb und außerhalb der allgemeinen Dienstzeiten) vorzunehmen.

Bis Ende des Jahres 2014 hat in allen Landeseinrichtungen mindestens ein Kontrollbesuch der mobilen Kontrollgruppen Sicherheitsdienst stattgefunden. Im Einzelnen:

Unterbringungseinrichtung	Kontrolle Sicherheitsdienst am ...
Hemer	14.11.2014
Wickede	14.11.2014
Unna-Massen	18.11.2014
Kamen	18.11.2014
Rüthen	19.11.2014
Schöppingen	20.11.2014
Kerken-Stenden	25.11.2014
Straelen	25.11.2014
Unna-Massen	26.11.2014
Burbach	27.11.2014
Essen	28.11.2014
Bad Driburg	03.12.2014
Hemer	11.12.2014
Kamen	12.12.2014
Rüthen	12.12.2014
Bad Salzuflen	15.12.2014
Detmold	15.12.2014
Neuss	16.12.2014
Wickede	16.12.2014

Monschau	18.12.2014
Bad Berleburg	18.12.2014
Oerlinghausen	18.12.2014
Borgentreich	19.12.2014
Solingen	19.12.2014

Eine Einzelauswertung der Feststellungen je Einrichtung ist derzeit noch nicht lieferbar, wird aber für die Zukunft sichergestellt. Insgesamt liegen keine Hinweise auf einen Einsatz von Subunternehmen vor. In Einzelfällen sind exemplarisch folgende Feststellungen gemacht worden:

- unzureichende bzw. unvollständige Dokumentationen (Wachbuch, Schichtplan, Dienstanweisung etc.)
- Einsatz von Wachdienstpersonal, das der Bezirksregierung noch nicht zur Überprüfung gemeldet worden ist (die Namen wurden vermerkt und zur ergänzenden Prüfung nach Arnsberg weitergeleitet)
- Nichteinhaltung der gem. Leistungsbeschreibung vorgegebenen Personalschlüssel
- keine ausreichenden Vorkehrungen für eine wirksame Einlasskontrolle bzw. für die Feststellung der An-/Abwesenheit der Bewohner/innen

Eine Übersicht über die Ergebnisse der von der Bezirksregierung veranlassten Überprüfungen der einzelnen Wachdienstmitarbeiter/innen, die in Landeseinrichtungen eingesetzt werden, liefert im Übrigen die nachfolgende Tabelle (Stand: 09.01.2015):

Anzahl der Wachdienstunternehmen	9
Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband (angemeldet)	9
Gemeldetes Wachdienstpersonal gesamt, davon ...	401
• mit Zuverlässigkeitsbescheinigung	401
• mit erweitertem polizeilichen Führungszeugnis	401
• mit Sachkundeunterweisung	148
• mit Sachkundeprüfung	289
• zur Sachkundeprüfung angemeldet	93
• mit Eigenerklärung	401

• mit Einverständniserklärung zur Überprüfung	401
• mit negativer polizeilicher Überprüfung	382
• mit negativer Überprüfung Verfassungsschutz	352
• mit (relevanten) Vorstrafen - Wachdienstunternehmen wurden informiert, Personen sind nicht mehr im Einsatz (ergänzende Prüfung erforderlich, ob in allen Fällen die Sper- rung aufrecht erhalten bleibt)	45
Freigabeerklärung durch BezReg möglich (negative Überprüfung durch Polizei und Verfassungsschutz)	309

Anm.: Über die Mitarbeiter/innen eines weiteren, neu in der Einrichtung in Bochum eingesetzten Wachdienstunternehmens liegen zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes noch keine Daten vor, da der Wachdienst personell im Aufbau ist. Die Bezirksregierung Arnsberg stellt sicher, dass das vorgesehene Überprüfungsverfahren schnellstmöglich durchgeführt wird.

Stand der Ermittlung gegen Sicherheitsbedienstete:

Nach dem Bekanntwerden der Vorfälle in Burbach beauftragte das Ministerium für Inneres und Kommunales unverzüglich das LKA NRW, eine zentrale Ermittlungskommission einzurichten, um die insgesamt 20 landeseigenen und die kommunalen Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit Sicherheitsdiensten auf gleichgelagerte Straftaten zu überprüfen.

Die Ermittlungskommission hat ihren Auftrag inzwischen erfüllt. Der Abschlussbericht liegt dem MIK NRW vor.

Für den Zeitraum von Januar 2013 bis September 2014 wurden insgesamt 68 Verfahren gegen Sicherheitsbedienstete oder sonstige Mitarbeiter und Beauftragte der jeweiligen Einrichtungsleitungen oder des Betreibers festgestellt und überprüft.

Im Einzelnen verteilt sich die Anzahl der Strafermittlungsverfahren gegen Sicherheitsbedienstete und sonstige Mitarbeiter oder Beauftragte der jeweiligen Einrichtungsleitungen oder des Betreibers auf die landeseigenen Einrichtungen wie folgt: Dortmund (24), Burbach (15), Bad Berleburg und Essen je (5), Neuss (5), Hemer und Unna je (2) sowie Schöppingen (1).

Weitere 9 Strafermittlungsverfahren werden gegen Sicherheitsbedienstete der kommunalen Unterbringungseinrichtungen in Köln (5) und Dortmund (4) geführt.

Bei der überwiegenden Anzahl der festgestellten Delikte handelte es sich um Körperverletzungsdelikte.

Insgesamt wurden 73 Sicherheitsbedienstete oder sonstige Mitarbeiter der Einrichtungsleitung oder des Betreibers als Beschuldigte namentlich ermittelt. Weitere 12 konnten bislang nicht ermittelt werden.

Bislang stellte die Staatsanwaltschaft in 26 Strafermittlungsverfahren gegen Sicherheitsbedienstete oder sonstige Mitarbeiter der Einrichtungsleitung oder des Betreibers die Verfahren ein. Ein Sicherheitsbediensteter wurde zwischenzeitlich rechtskräftig verurteilt.

Derzeit befinden sich 20 Strafermittlungsverfahren noch in polizeilicher Bearbeitung. Weitere 21 Verfahren liegen der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung vor.

Die Maßnahmen des LKA haben insoweit ergeben, dass Gewalttaten durch Sicherheitsbedienstete und sonstige Mitarbeiter oder Beauftragte der Einrichtungsleitung oder des Betreibers gegen Bewohner nicht nur in Burbach begangen wurden.

Von der Einrichtungsleitung oder dem Betreiber in Burbach angeordnete oder gebilligte Sanktionierungs- oder Disziplinierungsmaßnahmen wurden in den anderen Unterbringungseinrichtungen nicht festgestellt.

Ebenso wenig konnten Hinweise auf Räume festgestellt werden, die vergleichbar mit den „Problem- bzw. Arrestzimmern“ in Burbach gewesen wären.

Es ergaben sich Hinweise, dass die Auswahl, Ausbildung und Anzahl der Sicherheitsbediensteten in Teilen unzureichend war. Dies dürfte sich tatbegünstigend auf die Gewalttaten ausgewirkt haben.

Die Auswertung der Ermittlungsverfahren erbrachte keine Hinweise auf politisch motivierte Straftaten von Sicherheitsbediensteten oder sonstigen Mitarbeitern oder Beauftragten der Einrichtungsleitungen bzw. der Betreiber.

Polizeiliche Verbindungsstelle zur BR Arnsberg:

Die Verbindungsstelle der Polizei zur Bezirksregierung Arnsberg in Flüchtlingsangelegenheiten ist im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) innerhalb des Dezernates 41 „Einsatzangelegenheiten“ als Teildezernat 41.4 eingerichtet. Die Verbindungsstelle nimmt die Aufgabe seit dem 15.12.2014 wahr.

Die Verbindungsstelle besteht derzeit noch aus drei Personen und soll zukünftig aus vier Personen bestehen: Neben der Leitung des Teildezernats wurden ein Dezernent und zunächst ein Sachbearbeiter eingesetzt, die Zuweisung eines zweiten Sachbearbeiters ist bislang noch nicht erfolgt. Die Aufgabenwahrnehmung der Verbindungsstelle erfolgt derzeit überwiegend vom Standort Arnsberg aus.

Ein Konzept zur Lagebilderstellung wurde bereits entworfen. Die konkrete Umsetzung wird zurzeit mit den entsprechenden Fachdienststellen des LZPD, insbesondere innerhalb eines Workshops am 06.01.2015, abgestimmt. Ein erstes Lagebild wird Mitte Januar 2015 erstellt sein.

Bislang erfolgte bereits eine Teilnahme an einem „Expertentisch“ der Bezirksregierung Arnsberg mit der Stadt Oerlinghausen.

Weitere „Expertentische“ der Bezirksregierung Arnsberg mit Kommunen, in denen unter Landesaufsicht stehende Unterbringungseinrichtungen für Flüchtlinge vorhanden sind, befinden sich in Vorbereitung und werden unter Beteiligung der Verbindungsstelle durchgeführt.

Expertentische in den Landeseinrichtungen:

Die Bezirksregierung Arnsberg hat sogenannte Expertentische eingerichtet, um sich regelmäßig mit allen mit der Flüchtlingsthematik unmittelbar befassten Stellen (beispielsweise örtliche Polizei, kommunale Vertreter, Feuerwehr/ Rettungsdienste, Betreuungsverband und Bewachungsunternehmen der Einrichtung) auszutauschen. Dort sollen Themen wie beispielsweise die gemachten Erfahrungen zur Polizeipräsenz und zu Sicherheitsfragen rund um die Flüchtlingseinrichtung, die Einhaltung der Qualitätsstandards, die Kontrolle der Sicherheitsunternehmen und ggf. offene baurechtliche Fragen erörtert werden.

Den Bürgermeistern der betroffenen Kommunen ist ein Terminvorschlag für die Expertentische zugegangen (s. Anlage „20150109 Termine Expertentische“).

Expertentische haben bereits mehrfach in Oerlinghausen, Bad Driburg sowie Kerken/Straelen und Borgentreich stattgefunden. Mit Datum vom 9. Januar 2015 wurden die Hauptverwaltungsbeamten aller Kommunen, in denen sich weitere Flüchtlingseinrichtungen befinden, angeschrieben und gebeten, alle Beteiligten rund um ihre Unterkünfte zu Expertentischen einzuladen. Somit ist sichergestellt, dass nach dem ersten Quartal 2015 erste Expertentische in allen Kommunen stattgefunden haben.

Empfehlungen der LAG der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege/Eckpunktepapier:

Zur Vorbereitung des weiteren Dialogs mit den Verbänden zur Neukonzeptionierung der Flüchtlingsunterbringung in NRW wurden die Stellungnahmen der Verbände zum Projektbericht „Unterbringung von Asylbewerbern in nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen“, aber auch die in der Zuschrift „Qualitative Anforderungen an die kurzfristige Neuausrichtung der Erstaufnahme in NRW“ und dem Eckpunktepapier der LAG der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege enthaltenen Empfehlungen ausgewertet. Als Ergebnis dieser Auswertung wurde ein Eckpunktepapier zur Flüchtlingsunterbringung in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes erarbeitet, das als Grundlage des weiteren Dialoges zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik in NRW mit den Verbänden dienen wird. Darüber hinaus findet am 19.01.2015 ein Fortsetzungsgespräch mit den integrationspolitischen und kommunalpolitischen Sprechern der Fraktionen und den Obleuten des Innenausschusses zum Stand der Umsetzung der auf dem Flüchtlingsgipfel beschlossenen Maßnahmen sowie konzeptionellen Fragen zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik statt.

Weiteres Vorgehen bei der Besetzung der Stellen für die Soziale Beratung:

Das Ministerium für Inneres und Kommunales führt aktuell Gespräche mit Antragstellern, insbesondere mit den Kooperationspartnern der Flüchtlingsberatung in NRW über die zukünftige Ausgestaltung der sozialen Beratung für Flüchtlinge in NRW.

Es zeichnet sich ab, dass es nahezu zu einer Verdoppelung der Anzahl der geförderten Stellen kommen wird. Ein Schwerpunkt der Konzeption liegt dabei in der Installation einer Verfahrensberatung in jeder Einrichtung des Landes. Ziel ist es außerdem zu erreichen, dass die regionale Beratung möglichst die Fläche abdeckt und das medizinische Personal in den Psychosozialen Zentren verstärkt wird.

Sachstand bei der Implementierung des Beschwerdemanagements:

Das Ministerium für Inneres und Kommunales erarbeitet zurzeit in enger Abstimmung mit den Kooperationspartnern der Flüchtlingsberatung in NRW das Konzept eines Beschwerdemanagements an allen Standorten der Unterbringungseinrichtungen des Landes.

Im Rahmen der konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit ist bereits Einigkeit darüber erzielt worden, dass es ein mehrstufiges System des Beschwerdemanagements geben soll. Dabei wird die erste Stufe vor Ort, in jeder einzelnen Unterbringungseinrichtung, angesiedelt und an die Verfahrensberatungsstellen gekoppelt. Das Konzept soll im Februar vorliegen.

Notfallkonzept (insbesondere bei ansteckenden Krankheiten):

Das Notfallkonzept zum Umgang mit infektiösen Erkrankungen in Aufnahmeeinrichtungen des Landes der Bezirksregierung Arnsberg wird derzeit insbesondere durch die Arbeit der dort eingerichteten Projektgruppe "Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen" um weitere Bausteine eines Notfallmanagements ergänzt. Ein besonderer Schwerpunkt im Zusammenhang mit Infektionserkrankungen liegt, ungeachtet der zuletzt bereits betonten Wichtigkeit der implementierten Impfprophylaxe und neben der erforderlichen medizinischen Versorgung, auf dem weiteren Ausbau von räumlichen Isoliermöglichkeiten von erkrankten Personen und Kontaktpersonen. Neben dem gesundheitlichen Aspekt sollen diese Maßnahmen dazu beitragen, die Funktionsfähigkeit von Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Im Zusammenhang mit der Neukonzeption der Flüchtlingsunterbringung sollen dessen ungeachtet künftig fest definierte Notfallkapazitäten vorgehalten werden, auf die im Falle des plötzlichen Wegfalls von Regelunterbringungskapazitäten, z. B. durch Epidemien, jederzeit zurückgegriffen werden kann. Zudem sind auch konkrete Notfallpläne für jede Unterbringungseinrichtung des Landes in Abstimmung mit den jeweils örtlich zuständigen unteren Gesundheitsbehörden angedacht. Schließlich steht das Thema "Notfallmanagement" auch auf der Tagesordnung des bevorstehenden jour fixe "Erstaufnahmeeinrichtungen" der Zentralen Ausländerbehörden, der Bezirksregierung Arnsberg und des Ministeriums für Inneres und Kommunales. Mittelfristiges Ziel ist es, sämtliche Elemente des Notfallmanagements in einem einheitlichen und fortzuschreibenden "Notfallplan Flüchtlingsunterbringung Land" zusammenzufassen.

Zahl der Zuweisungen an die Kommunen:

Im Jahr 2014 wurden durch die Bezirksregierung Arnsberg insgesamt 40.200 Flüchtlinge aus den Landeseinrichtungen den Kommunen des Landes zugewiesen. Eine Auflistung nach Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden für jedes Quartal des Jahres 2014 ist als Anlage beigefügt.

**Checkliste für die Überprüfung der Qualität in den Unterbringungseinrichtungen für Asylsuchende
gemäß der Fortschreibung der Leistungsbeschreibung über Standarts in UE in NRW vom 13.10.14**

Unterbringungseinrichtung:			
Datum:		Datum der letzten Überprüfung:	
Prüfer BezReg Arnsberg:			
Betreiber:			
Ansprechpartner Betreiber:			
Aktuelle Probleme lt. Betreiber:			
Ansprechpartner BezReg:			
Aktuelle Probleme lt. BezReg:			
Belegung:	Regel max.		Not
Aktuelle Belegung:			Isolierstation vorhanden:

Feststellungen der stichprobenartigen Überprüfung:

Prüfpunkt	Offensichtlich erfüllt	Bedingt erfüllt	Offensichtliche Mängel	Bemerkungen/ Maßnahmen
3. Unterbringung				
3.1 Trennung von Familien und Alleinreisenden				
3.2 Unterbringung von alleinreisenden Frauen				
3.3 Kontrolle der Sauberkeit der Räume				
3.4 Tägliche Reinigung der Nasszellen und Sanitärbereiche				
3.5 Vorliegen eines mit dem Gesundheitsamt abgestimmten Hygieneplans				
3.6 Ausgabe von Hygieneartikel/Wäschepaket				
3.7 Bereitstellung und Tausch der Gemeinschaftswäsche				
3.8 Reinigung der Gemeinschaftswäsche				
3.9 Ausreichende Anzahl von Sanitärräumen (Toiletten 1 zu 10)				
3.10 Einrichtung von Gemeinschaftswascheinrichtungen (Waschmaschine, Wäschetrockner,....)				

Prüfpunkt	Offensichtlich erfüllt	Bedingt erfüllt	Offensichtliche Mängel	Bemerkungen/ Maßnahmen
10. Brandschutz				
10.1 Fluchtwege frei und ausgeschildert				
10.2 Rauchmelder installiert				
10.3 Feuerlöscher vorhanden und geprüft				

Sonstige Feststellungen/Bemerkungen:

Sicherheitsstandards: Kontrollen der Sicherheitsunternehmen

Entsprechend des 8-Punkte-Plans der Bezirksregierung Arnsberg findet eine Unbedenklichkeitsüberprüfung der Sicherheitsunternehmen und des in den Landeseinrichtungen einzusetzenden Personals statt. Insbesondere werden, wie nachfolgend erläutert, gewerberechtliche Prüfungen sowie Überprüfungen durch die Polizei und den Verfassungsschutz NRW durchgeführt.

A. Gewerberechtliche Voraussetzungen

Die Prüfung der gewerberechtlichen Voraussetzungen umfasst folgende Punkte:

- Zuverlässigkeitsbescheinigung des örtlichen Ordnungsamtes

Die Ordnungsbehörden müssen die Zuverlässigkeit des Personals prüfen. Gemäß § 34 a Abs. 1 Gewerbeordnung (GewO) gilt Folgendes:

Wer gewerbsmäßig Leben oder Eigentum fremder Personen bewachen will (Bewachungsgewerbe), bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis kann mit Auflagen verbunden werden, soweit dies zum Schutze der Allgemeinheit oder der Auftraggeber erforderlich ist; unter denselben Voraussetzungen ist auch die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung von Auflagen zulässig. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn

1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die für den Gewerbebetrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt,
2. er die für den Gewerbebetrieb erforderlichen Mittel oder entsprechende Sicherheiten nicht nachweist oder
3. der Antragsteller nicht durch eine Bescheinigung einer Industrie- und Handelskammer nachweist, dass er über die für die Ausübung des Gewerbes notwendigen rechtlichen Vorschriften unterrichtet worden ist und mit ihnen vertraut ist.

Die erforderliche Zuverlässigkeit liegt in der Regel dann nicht vor, wenn der Antragsteller

1. Mitglied in einem Verein, der nach dem Vereinsgesetz als Organisation unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot nach dem Vereinsgesetz unterliegt, war und seit der Beendigung der Mitgliedschaft zehn Jahre noch nicht verstrichen sind, oder
2. Mitglied in einer Partei, deren Verfassungswidrigkeit das Bundesverfassungsgericht nach § 46 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes festgestellt hat, war und seit der Beendigung der Mitgliedschaft zehn Jahre noch nicht verstrichen sind, oder

3. einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung Bestrebungen im Sinne des § 3 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes verfolgt oder in den letzten fünf Jahren verfolgt hat.

Der Gewerbetreibende darf darüber hinaus mit der Durchführung von Bewachungsaufgaben nur Personen beschäftigen, die die Voraussetzungen nach Satz 3 Nr. 1 und 3 erfüllen.

- Sachkundeprüfung nach § 34 a GewO

Die Sachkundeprüfung i. S. v. § 34 a Abs. 1 Satz 6 GewO wird von der Industrie- und Handelskammer abgenommen. In Abgrenzung zu der Unterrichtung nach § 34 a Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 GewO werden nicht nur Kurse besucht und einzelne Verständnisfragen gestellt, sondern es wird eine formale Prüfung mit einem mündlichen und einem schriftlichen Teil abgelegt.

B. Überprüfung durch Polizei und Verfassungsschutz NRW

Die Überprüfung durch die Polizei und den Verfassungsschutz NRW umfasst folgende Punkte:

Das Betreiberunternehmen übermittelt der jeweils zuständigen Stelle die personenbezogenen Daten (Name, auch frühere, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz/Aufenthalt) der Geschäftsführung sowie der Beschäftigten des Bewachungsunternehmens, die für die Bewachung dieser Einrichtung vorgesehen sind, sowie nachfolgend dargestellte Einverständniserklärung der betroffenen Person.

Die betroffenen Personen erklären schriftlich oder per Fax, dass sie mit einer Weiterleitung ihrer personenbezogenen Daten zur Prüfung einer Unbedenklichkeit im Hinblick auf die Bewachung der jeweiligen Unterbringungseinrichtungen durch die jeweils zuständige Stelle an die Polizei und den Verfassungsschutz des Landes NRW einverstanden sind.

Die jeweils zuständige Stelle überprüft die Vollständigkeit der Angaben in den vorgelegten Einverständniserklärungen und übermittelt die personenbezogenen Daten der Betroffenen an die Polizei (LKA NRW) und an den Verfassungsschutz NRW.

- Prüfung durch die Polizei

Die Polizei des Landes NRW teilt der zuständigen Stelle die ihr vorliegenden Erkenntnisse mit, die einer Unbedenklichkeitsbescheinigung entgegenstehen können.

Dabei handelt es sich um Erkenntnisse zu Verurteilungen und Einstellungen nach § 153 a Strafprozessordnung (Absehen von der Verfolgung unter Auflagen und Weisungen) wegen

- Straftaten von erheblicher Bedeutung i. S. v. § 8 Abs. 3 Polizeigesetz NRW:

dies sind Straftaten sowie die in § 138 Strafgesetzbuch (StGB) genannten Vergehen, Vergehen nach § 129 StGB und gewerbs- oder bandenmäßig begangene Vergehen nach

- den §§ 243, 244, 260, 261, 263 bis 264a, 265b, 266, 283, 283a, 291 oder 324 bis 330 StGB,
- § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe c) oder d) des Waffengesetzes,
- §§ 29 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 oder 29a Abs. 1 Nr. 2 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG),
- §§ 96 und 97 des Aufenthaltsgesetzes

und

- sonstiger Delikte, die einer Freigabe wegen fehlender persönlicher Eignung entgegenstehen, wie
 - Straftaten wegen Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates,
 - Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung,
 - Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit,
 - gemeingefährliche Straftaten,
 - Straftaten nach dem BtMG sowie
 - allen Straftaten, die unter rechtswidrigem Einsatz von Gewalt begangen worden sind.

Die Polizei erteilt hierbei eine Auskunft i. S. v. § 41 Abs. 1 Nr. 9 Bundeszentralregistergesetz (BZRG). Nach dieser Vorschrift darf an bestimmte Stellen Kenntnis von Eintragungen, die in ein Führungszeugnis nicht aufgenommen werden, sowie von Suchvermerken gegeben werden.

Polizeiliches Führungszeugnis

Es wird ebenfalls ein einfaches Führungszeugnis verlangt, dessen Inhalt sich nach den §§ 32 ff. BZRG richtet. Die vorgenannten Vorschriften treffen neben Regelungen zu dem Inhalt des Führungszeugnisses, wie z. B. Verurteilungen, Strafen, Sperre der Fahrerlaubnis und dem Einzug von Pass und Personalausweis, u.a. auch solche für die Nichtaufnahme von Verurteilungen nach Fristablauf, Länge der Frist, Anordnung der Nichtaufnahme sowie nachträgliche Eintragungen.

- Prüfung durch den Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz des Landes NRW teilt ebenfalls der jeweils zuständigen Stelle die ihm vorliegenden Erkenntnisse mit, die einer Unbedenklichkeitsbescheinigung entgegenstehen können.

Dabei handelt es sich um Erkenntnisse nach § 3 Abs. 1 Verfassungsschutzgesetz NRW. Nach dieser Vorschrift sammelt und wertet

die Verfassungsschutzbehörde Informationen aus, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen und Tätigkeiten, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz) oder das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Grundgesetz) gerichtet sind, im Geltungsbereich des Grundgesetzes, soweit tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten vorliegen.

Die im Rahmen des Übermittlungsvorgangs angefallenen personenbezogenen Daten werden bei der Polizei und dem Verfassungsschutz NRW nach Rückmeldung an die jeweils zuständige Stelle gelöscht.

Für überprüfte Personen, die weiterhin mit dieser Tätigkeit befasst sind, ist nach einem Jahr eine Wiederholungsprüfung durchzuführen.

Checkliste zur Überprüfung des Sicherdienstes in den Asylbewerberunterbringungseinrichtungen

Objektdaten			
Besuch durch:			
Datum der Prüfung:		Uhrzeit:	vorherige Prüfung am:
Unterbringungs Einrichtung:		Ansprechpartner/in BR AR:	
Unterbringungskapazität der UE			aktuelle Belegung
Regelbelegung	zzgl. Notbelegung	Gesamt	
Betreiber der Einrichtung:		Ansprechpartner/in Betreiber:	
Aktuelle Situation lt. Ansprechpartner/in BR AR / Betreiber:			
Sicherheitsdienst der Einrichtung:		Ansprechpartner/in SD:	

Sicherheitsdienst der Einrichtung.

Funktion:

Prüfung von Dokumentationen

fett: immer zu prüfen!

ansonsten: nur zu prüfen bei erstmaliger Kontrolle, offenen Fragen aus letzter Prüfung oder anlassbezogen (z.B. bei Wachdienstwechsel)

Prüfpunkt	Feststellungen / Maßnahmen
Wird das Wachbuch ordnungsgemäß geführt?	
- gebundenes Wachbuch vorhanden? (Empfehlung: DIN A 4 mit Seitenzahlen)	
- Abweichungen von der Soll-Besetzung (Anzahl MA pro Schicht) feststellbar?	
- lückenlose Dokumentation der Dienst- / Schichtübernahme (mit Namenszeichen der MA) und der Kontrollgänge?	
- besondere Vorkommnisse ausreichend dokumentiert?	
- sprachlich unmissverständliche Einträge?	
- Übergabe und Übernahme der Dienstausrüstung, Schlüssel etc. ausreichend dokumentiert?	
- verantwortlicher Schichtleiter eindeutig ausgewiesen?	

<p>Wird eine Objekteinweisung der (neuen) Mitarbeiter/innen durchgeführt? Ist diese dokumentiert?</p>		
<p>Falls die Ausgabe von mechanischen und elektronischen Schlüsseln durch den Wachdienst erfolgt: Wird die Ausgabe und Rücknahme lückenlos und nachvollziehbar dokumentiert?</p>		
<p>Falls in der Zuständigkeit des Wachdienstes: Wurden alle (neuen) Mitarbeiter/innen im Umgang mit der Brandmeldeanlage eingewiesen? Dokumentation?</p>		
<p>Fragen an verantwortliche/n Schicht- oder Objektleiter/in des Sicherheitsdienstes <i>fett: immer zu prüfen!</i> <i>ansonsten: nur zu prüfen bei erstmaliger Kontrolle, offenen Fragen aus letzter Prüfung oder anlassbezogen (z.B. bei Wachdienstwechsel)</i></p>		
<p>Fragen</p>	<p>Antworten</p>	<p>Wertung / Maßnahmen</p>
<p>Gibt es aktuelle Problemstellungen zwischen dem Betreiber und dem Sicherheitsdienstleister? Finden regelmäßig Besprechungen statt?</p>		
<p>aktuelle Organisation des Schichtdienstes (2- oder 3-Schicht-Betrieb)?</p>		

Falls Pforte vorhanden: Wird der Pfortendienst oder die Pfortenbewachung durch den Wachdienst wahrgenommen?		
- Wieviel Wachpersonal ist derzeit bei Tag und Nacht vor Ort (Anzahl)? - ggf. davon: für Pforte/Pfortenbewachung?		
Gibt es eine Einlasskontrolle (bzw. Veränderungen bei der Einlasskontrolle) und wie ist diese organisiert?		
Falls nicht über Einlasskontrolle möglich: Welche (sonstigen) Maßnahmen sind zur Feststellung der An- und Abwesenheit der Bewohner getroffen?		
Wie sind die nächtlichen Kontrollgänge organisiert? <i>(min. alle 1,5 Stunden)</i>		
24-stündiger Telefondienst durch Wachdienst? Falls ja: Betreuung bei Bedarf erreichbar?		
Kann ausgeschlossen werden, dass Mitarbeiter/innen von Subunternehmen eingesetzt werden? (Sind dem Ansprechpartner alle MA bekannt?)		
Haben die Mitarbeiter/innen im Bedarfsfall Zugriff auf Gelände- und Umgebungspläne?		

Stehen den Mitarbeitern geeignete und in der Anzahl ausreichende Kommunikationsmittel für den Notfall zur Verfügung (keine <u>privaten</u> Mobiltelefone!)?		
Existiert eine Notfall-Telefonliste?		
Sind alle Mitarbeiter/innen im Besitz eines gültigen Dienstaussesweises?		
Tragen die Mitarbeiter einheitliche Dienstkleidung?		
Liegt eine Gefährdungsbeurteilung (ArbSchG) vor und wurden die Mitarbeiter über die ermittelten Gefahren und Schutzmaßnahmen nachweislich unterwiesen?		
Wissensstand zum Thema Migration, Asyl, Konfliktmanagement, Deeskalation		
ggf. sonstige Feststellungen:		
z.B. Sauberkeit/Ordnung? - Auftreten des Personals (Gestik, Mimik, Körpersprache)? - Schlaginstrumente oder sonstige Bewaffnung vorgefunden?		
Abschlussgespräch (mit Außenstellenmitarbeiter/in BR, Betreiber, Verantwortliche/r des Wachdienstes)		

- auf Grundlage der Erörterung der wesentlichen Feststellungen: ggf. getroffenen Vereinbarungen / sonstige Bemerkungen

gez.

Expertentische in den Landeseinrichtungen (Stand: 12.01.2015)		Terminvorschlag
1	UE Oerlinghausen	hat stattgefunden
2	ZUE Bad Berleburg	22.01.2015
3	UE Bad Driburg	hat stattgefunden
4	UE Essen	29.01.2015
5	ZUE Neuss	03.02.2015
6	ZUE Burbach	05.02.2015
7	UE Borgentreich	14.01.2015
8	UE Rüthen	11.02.2015
9	ZUE Wickede	19.02.2015
10	UE Unna	20.02.2015
11	UE Kamen	24.02.2015
12	ZUE Hemer	26.02.2015
13	ZUE Kerken-Stenden	03.03.2015
14	UE Straelen	05.03.2015
15	ZUE Schöppingen	10.03.2015
16	UE Bad Salzuflen	12.03.2015
17	UE Bochum	17.03.2015
18	UE Detmold	19.03.2015
19	UE Solingen	23.03.2015
20	UE Willich	25.03.2015
21	UE Monschau	27.03.2015
22	UE Bonn	31.03.2015
23	ZUE Flughafen Düsseldorf	entfällt

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
REG. BEZ. ARNSBERG					
Bochum	45	111	228	267	651
Dortmund	23	56	291	495	865
Hagen	38	103	125	194	460
Hamm	26	87	70	207	390
Herne	15	29	129	78	251
Kreisfreie ges.	147	386	843	1241	2617
ENNEPE-RUHR-KREIS					
Breckerfeld, Stadt	2	6	8	13	29
Ennepetal, Stadt	6	17	18	47	88
Gevelsberg, Stadt	7	15	30	24	76
Hattingen, Stadt	8	28	44	70	150
Herdecke, Stadt	6	5	18	25	54
Schwelm, Stadt	6	10	13	32	61
Sprockhövel, Stadt	7	8	25	32	72
Wetter (Ruhr), Stadt	7	7	13	28	55
Witten, Stadt	15	40	59	103	217
Ennepe-Ruhr-Kreis ges.	64	136	228	374	802
HOCHSAUERLANDKREIS					
Arnsberg, Stadt	9	48	64	86	207
Bestwig	4	5	28	12	49
Brilon	4	22	27	30	83
Eslohe(Sauerland)	2	4	10	12	28
Hallenberg, Stadt	1	2	5	6	14
Marsberg, Stadt	5	9	20	38	72
Medebach, Stadt	2	8	5	11	26
Meschede, Stadt	7	20	16	42	85
Olsberg, Stadt	4	11	12	25	52
Schmallenberg, Stadt	12	17	27	37	93
Sundern(Sauerland), St.	7	14	42	41	104
Winterberg, Stadt	2	4	14	20	40
Hochsauerlandkreis ges.	59	164	270	360	853
MÄRKISCHER KREIS					
Altena, Stadt	4	7	13	14	38
Balve, Stadt	4	2	14	7	27
Halver, Stadt	4	8	16	17	45
Hemer, Stadt	2	1	6	2	11
Herscheid	3	6	4	13	26
Iserlohn, Stadt	21	37	55	96	209
Kierspe, Stadt	2	9	14	21	46
Lüdenscheid, Stadt	12	30	43	98	183
Meinerzhagen, Stadt	6	15	18	26	65
Menden(Sauerland), Stadt	10	30	45	78	163
Nachrodt-Wiblingwerde	1	5	13	10	29
Nauenrade, Stadt		14	14	12	40
Plettenberg, Stadt	6	20	18	41	85
Schalke, Stadt			12	11	23
Werdohl, Stadt	6	5	15	21	47
Märkischer Kreis ges.	81	189	300	467	1037
KREIS OLPE					
Attendorn, Stadt	7	13	11	29	60
Drolshagen, Stadt	2	5	9	19	35
Finnentrop	5	8	16	33	62
Kirchhundem	4	1		13	18
Lenne, Stadt	8	8	8	35	59
Olpe, Stadt	7	7	11	17	42
Wenden	4	8	15	33	60
Kreis Olpe ges.	37	50	70	179	336
KREIS SIEGEN					
Bad Berleburg, Stadt	6	2			8
Bad Laasphe, Stadt	6	14	15	20	55
Burbach	3			1	4

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
Erndtebrück		4	9	18	31
Freudenberg, Stadt	5	4	15	24	48
Hilchenbach, Stadt		5	18	20	43
Kreuztal, Stadt	6	15	32	30	83
Netphen	6	25	15	39	85
Neunkirchen	2	9	11	13	35
Siegen, Stadt	12	26	28	93	159
Wilnsdorf	4	11	10	15	40
Kreis Siegen ges.	50	115	153	273	591
KREIS SOEST					
Anröchte	6	8	10	24	48
Bad Sassendorf	3	5	18	14	40
Ense	3	6	11	13	33
Erwitte	4	3	10	27	44
Geseke, Stadt	6	1	19	26	52
Lippetal	3	11	2	22	38
Lippstadt, Stadt	12	39	34	64	149
Möhnesee	2	9	9	13	33
Rüthen, Stadt	3	10	5	7	25
Soest, Stadt	9	18	23	72	122
Warstein, Stadt	4	17	21	34	76
Welper	3	6	9	23	41
Werl, Stadt	7	5	12	23	47
Wickede(Ruhr)	2				2
Kreis Soest ges.	67	138	183	362	750
KREIS UNNA					
Bergkamen, Stadt	7	8	50	52	117
Bönen	4	13	7	14	38
Fröndenberg, Stadt	5	3	22	25	55
Holzwickede		9	6	21	36
Kamen, Stadt	7	26	37	45	115
Lünen, Stadt	15	31	63	89	198
Schwerte, Stadt	8	22	26	67	123
Selm	3	15	27	36	81
Unna		2	1	8	11
Werne	7	21	19	34	81

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
Kreis Unna ges.	56	150	258	391	855
Reg. Bezirk Arnsberg ges.	561	1328	2305	3647	7841

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
REG.BEZ. DETMOLD					
Bielefeld	23	54	63	266	406
KREIS GÜTERSLOH					
Borgholzhausen, Stadt	2		6	21	29
Gütersloh, Stadt	20	14	23	81	138
Halle (Westf.), Stadt	6	5	8	32	51
Harsewinkel, Stadt	5	8	16	27	56
Herzebrock	3	14	11	26	54
Langenberg	2	6	6	14	28
Rheda-Wiedenbrück, St.	9	11	15	45	80
Rietberg, Stadt	8	14	32	33	87
Schloß Holte-Stukenbrock	8	8	22	42	80
Steinhagen	5	17	17	16	55
Verl	5	18	9	29	61
Versmold, Stadt	5	19	7	32	63
Werther (Westf.), Stadt	2	5	5	16	28
Kreis Gütersloh ges.	80	139	177	414	810
KREIS HERFORD					
Bünde, Stadt	11	24	32	51	118
Enger, Stadt	5	8	4	27	44
Herford, Stadt	2	31	39	53	125
Hiddenhausen	1	4	7	22	34
Kirchlengern	5	4	10	28	47
Löhne, Stadt	7	21	28	46	102
Rödinghausen	3	2		3	8
Spenge, Stadt	4	11	11	20	46
Vlotho, Stadt	5	9	8	24	46
Kreis Herford ges.	43	114	139	274	570
KREIS HÖXTER					
Bad Driburg, Stadt	4	18	5	7	34
Beverungen, Stadt	4	10	21	14	49
Borgentreich, Stadt	3		-14		-11
Brakel, Stadt	5	11	13	26	55
Höxter, Stadt	4	20	39	43	106
Mariemünster, Stadt		3	6	12	21
Nieheim, Stadt		14	3	3	20
Steinheim, Stadt	7	3	16	9	35
Warburg, Stadt	9	17	17	43	86
Willebadessen, Stadt	2		2	25	29
Kreis Höxter ges.	38	96	108	182	424
KREIS LIPPE					
Augustdorf	2	3	9	16	30
Bad Salzflen, Stadt	10	17	37	4	68
Barntrup, Stadt	3	2	8	7	20
Blomberg, Stadt	4	8	14	20	46
Detmold, Stadt	21	27	51	83	182
Dörentrup	2	3	9	12	26
Extertal		4	12	18	34
Horn-Bad Meinberg, St.	4	14	12	19	49
Kalletal	1	3	12	20	36
Lage, Stadt	8	23	21	45	97
Lemgo, Stadt	10	18	18	69	115
Leopoldshöhe	4	6	10	23	43
Lügde, Stadt	2	3	9	15	29
Oerlinghausen, Stadt	4	10	7	5	26
Schieder-Schwalenberg	3	4	10	15	32
Schlangen	3	8	7	14	32
Kreis Lippe ges.	81	153	246	385	865
KREIS MINDEN-LÜBB.					
Bad Oeynhausen, Stadt	11	18	23	29	81
Espelkamp, Stadt	7	13	23	32	75
Hille	7	14	18	14	53

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
Hüllhorst	2	7	8	20	37
Lübbecke, Stadt	7	14	12	12	45
Minden, Stadt	14	36	22	54	126
Petershagen, Stadt	8	14	21	32	75
Porta Westfalica, St.	8	19	25	40	92
Preußisch-Oldendorf, St.	3	14	10	19	46
Rahden, Stadt	3	8	16	24	51
Steinwede	5	8	5	25	43
Kreis Minden-Lübbecke ges.	75	165	183	301	724
KREIS PADERBÖRN					
Altenbeken	2	7	5	18	32
Bad Lippspringe, Stadt	3	8	3	17	31
Borchen	4	11	10	17	42
Büren, Stadt	7	14	18	34	73
Delbrück, Stadt	10	18	30	37	95
Hövelhof	5	11	12	22	50
Lichtenau, Stadt	2	7	11	13	33
Paderborn, Stadt	21	55	53	130	259
Salzkotten, Stadt	3	14	22	25	64
Wünnenberg, Stadt	3	4	18	19	44
Kreis Paderborn ges.	60	149	182	332	723
Reg. Bezirk Detmold ges.	400	870	1098	2154	4522

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
REG.BEZ. DÜSSELDORF					
Duisburg	84	136	354	508	1082
Düsseldorf	110	242	473	682	1507
Essen	83	104	311	99	597
Krefeld	18	148	148	181	495
Mönchengladbach	43	178	198	298	717
Mülheim a.d.Ruhr	36	130	93	166	425
Oberhausen	33	118	197	192	540
Remscheid	19	87	47	118	271
Solingen	23	63	124	135	345
Wuppertal	48	159	263	367	837
Kreisfreie ges.	497	1365	2208	2746	6816
KREIS KLEVE					
Bedburg-Hau	2	8	5	21	36
Emmerich, Stadt	8	5	34	43	90
Geldern, Stadt	15	10	32	57	114
Goch, Stadt	5	13	20	44	82
Issum		1	9	11	21
Kalkar, Stadt	9	9	11	19	48
Kerken	1	8	-40	2	-29
Kevelaer, Stadt	6	16	17	51	90
Kleve, Stadt	7	32	21	86	146
Kranenburg	1	1	14	14	30
Rees, Stadt	2	5	17	42	66
Rheurdt	2	4	8	8	22
Sträelen, Stadt	5	6	12	12	35
Uedem	3	5	9	7	24
Wachtendonk	2	2	13	11	28
Weeze	2	2	12	29	45
Kreis Kleve ges.	70	127	194	457	848
KREIS METTMANN					
Erkrath, Stadt	6	12	24	59	101
Haan, Stadt	6	22	13	38	79
Heiligenhaus, Stadt	4	13	29	26	72
Hilden, Stadt	11	11	26	72	120
Langenfeld (Rhld.), Stadt	7	37	42	55	141
Mettmann, Stadt	1	55	17	37	110
Monheim, Stadt	5	9	32	35	81
Ratingen, Stadt	7	43	51	49	150
Velbert, Stadt	12	46	45	70	173
Wülfrath, Stadt	7	7	11	22	47
Kreis Mettmann ges.	66	255	290	463	1074
KREIS NEUSS					
Dormagen, Stadt	9	30	32	92	163
Grevenbroich, Stadt	11	55	50	75	191
Jüchen	5	5	15	45	70
Kaarst	9	17	8	33	67
Korschenbroich	7	19	27	35	88
Meerbusch, Stadt	12	30	38	49	129
Neuss, Stadt	7	4	15	17	43
Rommerskirchen	4	4	3	19	30
Kreis Neuss ges.	64	164	188	365	781
KREIS VIERSEN					
Brüggen	5	11	14	19	49
Grefrath		2	10	16	28
Kempfen, Stadt		15	-13	61	63
Nettetal, Stadt	10	7	31	59	107
Niederkrüchten	3	6	14	23	46
Schwalmtal	2	21	14	29	66
Tönisvorst	6	15	15	47	83
Viersen, Stadt	30	33	35	76	174
Willich, Stadt	10	3	24	46	83
Kreis Viersen ges.	66	113	144	376	699

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
KREIS WESEL					
Alpen	5	2	17	16	40
Dinslaken, Stadt	11	30	34	95	170
Hamminkeln	8	10	6	49	73
Hünxe	4	3	14	24	45
Kamp-Lintfort, Stadt	6	7	28	52	93
Moers, Stadt	19	52	65	133	269
Neukirchen-Vluyn	5	5	34	28	72
Rheinberg, Stadt	6	25	18	42	91
Schermbeck		7	18	23	48
Sonsbeck	2	10	6	15	33
Voerde (Niederrhein)	10	21	20	55	106
Wesel, Stadt	11	32	38	88	169
Xanten, Stadt	8	12	15	34	69
Kreis Wesel ges.	95	216	313	654	1278
Reg. Bezirk D'dorf ges.	858	2240	3337	5061	11496

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
REG. BEZIRK KÖLN					
Aachen	14	41	152	170	377
Bonn	23	186	169	147	525
Köln	176	437	620	896	2129
Leverkusen	28	65	109	120	322
Kreisfreie ges.	241	729	1050	1333	3353
KREIS AACHEN					
Alsdorf, Stadt	15	11	53	40	119
Baesweiler, Stadt	4	12	12	28	56
Eschweiler, Stadt	6	11	49	53	119
Herzogenrath, Stadt	11	16	27	39	93
Monschau, Stadt	4	7	6	14	31
Roetgen	1	1	4	14	20
Simmerath	3	6	11	24	44
Stolberg (Rhd.), St.	10	23	39	65	137
Würselen, Stadt	6	13	21	52	92
Kreis Aachen ges.	60	100	222	329	711
KREIS DÜREN					
Aldenhoven	2	6	5	17	30
Düren, Stadt	12	44	41	84	181
Heimbach, Stadt	1		3	6	10
Hürtgenwald	4		14	11	29
Inden	2		3	9	14
Jülich, Stadt	6	19	27	43	95
Kreuzau	3	9	10	21	43
Langerwehe	4	8	9	22	43
Linnich, Stadt	2	4	10	20	36
Merzenich	1	6	6	4	17
Nideggen, Stadt	1	3	12	13	29
Niederzier	5	8	9	22	44
Nörvenich	2	7	6	34	49
Titz	3	6	7	11	27
Vettweiß	3	9	6	16	34
Kreis Düren ges.	51	129	168	333	681
ERFTKREIS					
Bedburg, Stadt	5	13	25	34	77
Bergheim, Stadt	9	32	49	45	135
Brühl, Stadt	9	17	30	21	77
Elsdorf	6	6	16	29	57
Erfstadt, Stadt	10	27	31	57	125
Frechen, Stadt	11	18	43	81	153
Hürth	11	31	41	63	146
Kerpen	3	24	43	67	137
Pulheim	10	25	44	60	139
Wesseling, Stadt	7	15	21	41	84
Erfktkreis ges.	81	208	343	498	1130
KREIS EUSKIRCHEN					
Bad Münstereifel, Stadt	3	5	11	22	41
Blankenheim	3	6	7	13	29
Dahlem		2	7	6	15
Euskirchen, Stadt	11	20	41	65	137
Hellenthal	1	6	8	10	25
Kall	2	6	8	14	30
Mechernich, Stadt	7	13	24	42	86
Nettersheim	1	2	7	4	14
Schleiden, Stadt	3	5	12	27	47
Weilerswist	2	8	13	19	42
Zülpich, Stadt	3	9	18	26	56
Kreis Euskirchen ges.	36	82	156	248	522
KREIS HEINSBERG					
Erkelenz, Stadt	7	15	31	35	88
Gangelt	3	5	3	18	29
Geilenkirchen	7	19	4	43	73

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
Heinsberg, Stadt	9	16	21	38	84
Hückelhoven, Stadt	8	27	11	34	80
Selfkant	3	4	5	14	26
Waldfeucht	2	2	4	6	14
Wassenberg, Stadt	3	7	12	14	36
Wegberg, Stadt	5	16	16	25	62
Übach-Palenberg, Stadt	4	10	18	32	64
Kreis Heinsberg ges.	51	121	125	259	556
OBERBERG. KREIS					
Bergneustadt, Stadt	4	10	11	22	47
Engelskirchen	6	12	12	31	61
Gummersbach	12	29	36	69	146
Hückeswagen, Stadt	3	16	8	7	34
Lindlar	4	16	18	36	74
Marienheide	3	4	12	28	47
Morsbach	2	16	9	10	37
Nümbrecht	3	10	9	29	51
Radevormwald, Stadt	6	1	17	33	57
Reichshof	4	15	6	30	55
Waldbröl, Stadt	6	7	18	15	46
Wiehl, Stadt	7	6	15	29	57
Wipperförth, Stadt	5	22	13	41	81
Oberberg. Kreis ges.	65	164	184	380	793
RHEIN.-BERG. KREIS					
Bergisch-Gladbach, Stadt	24	50	82	121	277
Burscheid, Stadt	4	13	13	25	55
Kürten	7	7	20	31	65
Leichlingen (Rhld) St.	6	13	23	33	75
Odenthal	1	8	13	18	40
Overath	6	15	19	43	83
Rösrath	9	12	16	30	67
Wermelskirchen, Stadt	7	13	34	33	87
Rhein.-Berg.ges.	64	131	220	334	749
RHEIN-SIEG KREIS					
Alfter	5	11	3	28	47
Bad Honnef, Stadt	4	15	16	36	71
Bornheim	5	24	31	51	111
Eitorf	1	8	13	40	62
Hennef (Sieg)	6	30	29	64	129
Königswinter, Stadt	5	27	22	53	107
Lohmar	4	14	18	43	79
Meckenheim, Stadt		8	12	17	37
Much	4	10	11	20	45
Neunkirchen-Seelscheid	6	13	14	22	55
Niederkassel	5	20	23	39	87
Rheinbach, Stadt	5	8	18	41	72
Ruppichteroth	2	4	10	19	35
Sankt Augustin, Stadt	7	24	28	70	129
Siegburg, Stadt	7	12	42	27	88
Swisttal	3	4		19	26
Troisdorf, Stadt	12	27	48	86	173
Wachtberg	3	5	14	22	44
Windeck	2	5	15	27	49
Rhein-Sieg-Kreis ges.	86	269	367	724	1446
Reg. Bezirk Köln ges.	735	1933	2835	4438	9941

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
REG. BEZ. MÜNSTER					
Bottrop	22	21	79	147	269
Gelsenkirchen	44	69	141	272	526
Münster	65	159	149	397	770
Kreisfreie ges.	131	249	369	816	1565
KREIS BORKEN					
Ahaus, Stadt	9	12	15	33	69
Bocholt, Stadt	14	32	76	88	210
Borken, Stadt	19	12	26	52	109
Gescher, Stadt	1	5	26	30	62
Gronau (Westf.), Stadt	10	19	26	44	99
Heek	3	5	10	3	21
Heiden	3	5	8	11	27
Isselburg, Stadt		13	10	22	45
Legden	2	8	6	9	25
Raesfeld	3	6	7	22	38
Reken	4	9	5	25	43
Rhede, Stadt	6	10	19	31	66
Schöppingen				-1	-1
Stadtlohn, Stadt	4	11	4	51	70
Südlohn	2	8	10	9	29
Velen	5	9	7	28	49
Vreden, Stadt	5	14	13	37	69
Kreis Borken ges.	90	178	268	494	1030
KREIS COESFELD					
Ascheberg	4	13	14	14	45
Billerbeck, Stadt	1	5	5	23	34
Coesfeld, Stadt	13	20	27	46	106
Dülmen, Stadt	11	21	49	59	140
Havixbeck	3		5	8	16
Lüdinghausen, Stadt	5	19	9	29	62
Nordkirchen	1	6	9	18	34
Nottula	1	5	44	7	57
Olfen, Stadt	3	5	7	23	38
Rosendahl		10	9	21	40
Senden	7	16	24	16	63
Kreis Coesfeld ges.	49	120	202	264	635
KREIS RECKLINGHAUSEN					
Castrop-Rauxel, Stadt	14	14	33	84	145
Datteln, Stadt	9	19	17	33	78
Dorsten, Stadt	13	48	56	99	216
Gladbeck, Stadt	14	31	42	68	155
Haltern, Stadt	1	22	40	36	99
Herten, Stadt	7	37	47	82	173
Marl, Stadt	13	47	56	90	206
Oer-Erkenschwick, Stadt	8	23	18	30	79
Recklinghausen, Stadt	17	65	71	112	265
Waltrop, Stadt	3	13	26	27	69
Kreis Recklinghausen ges.	99	319	406	661	1485
KREIS STEINFURT					
Altenberge	3	6	4	16	29
Emsdetten, Stadt	12	2	11	32	57
Greven, Stadt	6	9	28	48	91
Hopsten	2	4	8	11	25
Horstmar, Stadt	2	1	13	4	20
Hörstel, Stadt	3	2	12	28	45
Ibbenbüren, Stadt	8	20	31	52	111
Ladbergen	2	5	3	12	22
Laer	2	2	2	3	9
Lengerich, Stadt		7	15	23	45
Lienen	7	7	7	20	41
Lotte	3	5	7	15	30
Metelen	1	1	3	13	18

GEMEINDE	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	Gesamt 2014
Mettingen	2	2	11	3	18
Neuenkirchen	3	4	11	20	38
Nordwalde		3	3	9	15
Ochtrup, Stadt	2	7	7	34	50
Recke	2	8	14	20	44
Rheine, Stadt	10	8	57	85	160
Saerbeck		3	8	12	23
Steinfurt, Stadt	8	16	25	42	91
Tecklenburg, Stadt		5	3	9	17
Westerkappeln		4	6	12	22
Wettringen		1	2	6	9
Kreis Steinfurt ges.	78	132	291	529	1030
KREIS WARENDORF					
Ahlen, Stadt	9	25	19	55	108
Beckum, Stadt	8	13	19	6	46
Beelen	1	2	5	11	19
Drensteinfurt, Stadt	3	5	15	24	47
Ennigerloh	7	8	6	21	42
Everswinkel	3	12	8	15	38
Oelde, Stadt	8	13	20	30	71
Ostbevern	3	8	8	17	36
Sassenberg, Stadt	3	9	14	19	45
Sendenhorst, Stadt	3		10	17	30
Telgte, Stadt	8	14	12	21	55
Wadersloh	3	3	11	20	37
Warendorf, Stadt	6	14	20	41	81
Kreis Warendorf ges.	65	126	167	297	655
Reg. Bezirk Münster ges.	512	1124	1703	3061	6400
NRW ges.	3066	7495	11278	18361	40200